

# Die Schweiz in der Welt von heute



Überlegungen zur strategischen Lage  
im Jahr 2008  
der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Oktober 2008

## Vorbemerkungen

**Die Welt ist, die Welt bleibt in Bewegung. Der Sicherheitspolitische Bericht 2000 (Sipol 2000) des Bundesrats ist längst überholt. Der weltpolitische Umbruch des Jahres 1989 bestimmt das Geschehen von heute nur noch marginal. Die anhaltende Kriegsgefahr im Nahen Osten, die vorwiegend mit Gewalt durchgesetzte Machtverschiebung im Kaukasus, die massive Aufrüstung in Russland, im Nahen und im Fernen Osten bestimmen das Geschehen weit stärker.**

Die Welt erlebt eine **Verschiebung der politischen Gewichte nach Asien**. Russland befindet sich offensichtlich wieder im Aufstieg und zeigt seine neu gewonnene Stärke demonstrativ. Der Balkan ist von Stabilität weit entfernt. Im Irak und in Afghanistan sind die Versuche, mittels militärischer Gewalt westliche Ideen in Staat und Wirtschaft zu verankern, klar gescheitert. Der **islamistische Extremismus** befindet sich auf dem Vormarsch. Die Hoffnung, dass sich weltweit das Recht gegen die Macht durchsetzen könne, hat sich als Illusion zerschlagen. Die **internationalen Organisationen** (Uno, EU, Nato, OSZE) befinden sich im **Niedergang**. Nirgends, wo sie intervenieren, erweisen sie sich als stark genug, ein rechtsstaatlich abgesichertes Gewaltmonopol zu etablieren.

In **Europa** verstärkt sich das **Mächtegerangel** zwischen Frankreich, Grossbritannien und Deutschland. Die Nato ist entzweit, die Führungsposition der USA angeschlagen, die Mitmachbereitschaft der übrigen Nato-Mitglieder sinkt. Während sämtliche europäischen Staaten seit 1989 ihre Armeen vernachlässigen und Rüstungsgüter veralten lassen, wird im **Nahen und im Fernen Osten** sowie in **Russland massiv aufgerüstet** – ein sich täglich verschärfendes Ungleichgewicht ist entstanden, das nicht ohne Folgen bleiben wird.

Insbesondere die **nordischen, an Russland grenzenden Staaten** (Norwegen, Finnland, baltische Staaten) fühlen sich bezüglich der Absicherung ihrer staatlichen Existenz gegenüber Russland, dem übermächtigen Nachbarn im Osten, zunehmend bedroht und **von der Nato im Stich gelassen**. Das ruppige Eingreifen der Russen in Georgien hat diese Befürchtungen verstärkt. Die Zweifel an der Bereitschaft der Nato, zugunsten der vom russischen Nachbarn direkt bedrohten neuen Nato-Mitglieder in Osteuropa die Funktion des Schutzschildes effektiv wahrzunehmen, wachsen. Eine unverblümt formulierte Kritik, welcher die meisten osteuropäischen Nato-Mitglieder verklausuliert oder offen beipflichten.

Deren Furcht verstärkt sich, seit **Russland** den Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte in Europa ausgesetzt hat – und gleichzeitig **neue, moderne Waffensysteme** von hoher Schlagkraft laufend in Dienst stellt: Neue Atom-U-Boote mit «alle Abwehrsysteme durchbrechenden» neuen Interkontinentalraketen, moderne Kampfpanzer. Alarmierend ist, dass allein im europäischen Teil Russlands rund fünftausend Kampfpanzer stationiert sein sollen (NZZaS, 23.12.2007).

**Auseinandersetzungen um Ressourcen** (Rohstoffe, Nahrung, Energie, Wasser) und deren Transportwege verschärfen sich. In diesem Zusammenhang rückt **Afrika**, das während zwei Jahrzehnten kaum beachtet wurde, wieder stärker in den Mittelpunkt strategischer Interessen der Grossmächte (China, USA, England, Frankreich).

## Krieg ist kein Auslaufmodell

Nach dem strategischen Umbruch von 1989 (Ende des Kalten Kriegs) und jenem von 2001 (Anschläge Nine-eleven) befindet sich die Welt bereits im nächsten. **Dynamik, Ungewissheit und Überraschung** haben eine lange Phase von Planungssicherheit abgelöst. Kennzeichen des gegenwärtigen Umbruchs ist eine sich neu heranbildende, **multipolare Welt von Nationalstaaten**. Die stärksten Kräfte kämpfen um Machterhalt und Machtgewinn. Krieg ist dabei – das Beispiel Georgien liefert den Beweis – kein Auslaufmodell, er spielt eine nicht zu verdrängende Rolle. Weder die Uno noch die Nato (als regional agierende Uno-Weltpolizei), weder die USA noch die EU sind Weltpolizisten, die jedem Despoten uneigennützig den Garaus machen. Befreite Völker warten – anders, als der Westen erwartet hat – nicht darauf, westliche Grundsätze über Demokratie, Wirtschaftsordnung und Rechtsstaatlichkeit eingepflegt zu bekommen. Die vermeintlich uneigennützig handelnde «Völkergemeinschaft», die weltweit hohe moralische Grundsätze durchsetzen soll, ist Illusion. Nicht nur die USA handeln nach eigenen Interessen, auch das Vorgehen Russlands und Chinas ist in Ressourcen- und Machtfragen nicht von Zartgefühl geprägt. **Nationale Interessen prägen das Handeln der Grossmächte**.

Der Kleinstaat **Schweiz** ist weder im «Great Game» ums Öl noch im Machtkampf unter den Grossen tonangebend. Die eigenständige Gewährleistung von Sicherheit war in der Vergangenheit stets ein wichtiger Pfeiler für Selbstbehauptung, politischen und wirtschaftlichen Erfolg. Nichts deutet darauf hin, dass dieser Pfeiler künftig an Bedeutung verliert. Auf der Basis eines realistischen Weltbildes müsste im Rahmen ernsthafter Sicherheitspolitik ein **wirklichkeitsnahes Bedrohungsbild** für die Schweiz definiert werden. Zwar steht nicht die gesamte westliche Welt, nicht einmal das gesamte Europa unter derselben Bedrohung. Die abenteuerliche Vorstellung, das Böse lasse sich geographisch lokalisieren und mit militärischen Mitteln weltweit ausmerzen, ist wirklichkeitsfremd. Realitätsnahe Auffassung von Bedrohung heisst, mit **strategischer Überraschung** zu rechnen. Die sicherheitspolitischen Antworten müssen deshalb auf einer Überprüfung der eigenen Verwundbarkeit fussen.

## Auch die Schweiz kann ins Visier geraten

Die Schweiz ist und bleibt ein Kleinstaat mitten in Europa. Auch in Europa verändern sich die Machtverhältnisse aufgrund neuer technologischer Entwicklungen, neuer Gewaltformen, neuer Gesellschafts- und auch neuer Soldatenbilder. Die älteste Plage der Menschheit, **religiös motivierte Gewalt**, ist mit dem radikalen Islamismus wieder sichtbar geworden. Auch in Europa. Auch in der Schweiz. Religiös motivierte Gewalt besetzt nicht Räume, sie besetzt (via Internet) **Köpfe**. Die weltweiten Machtspiele um Einflussgewinn auf **Ressourcen** gehen nicht spurlos an der Schweiz vorüber. Die durch die schweizerischen Alpen führenden **Transitachsen** rücken erneut in den Mittelpunkt strategischer Interessen.

Zunehmende Bedrohung resultiert für die Sicherheit der Schweiz aus der Tatsache, dass die Behörden (aus Angst vor der von interessierten Kreisen und Medien bereitgehaltenen Rassistus-Keule) die Augen verschliessen vor Gefahren, die aus **Migrationsursachen** (unkontrollierte Einwanderung, unsorgfältige Einbürgerungsverfahren) für die Schweiz resultieren können. Die Möglichkeit, in der Schweiz sich aufhaltende Ausländer gegen unser Land zu mobilisieren, wird in sträflicher Fahrlässigkeit verdrängt.

Jede Generation von Schweizerinnen und Schweizern muss den Willen, in einer unabhängigen, direktdemokratischen Schweiz leben zu wollen, im Blick auf das jeweils aktuelle Bedrohungsbild

neu formulieren. Die Tatsache, dass die Schweiz das **Wasserschloss Europas** ist, birgt Konfliktstoff. Auch als Herrin über wichtige **Transitachsen** steht die Schweiz im 21. Jahrhundert im Zentrum von vielerlei Überlegungen. Ihr Wille zur Unabhängigkeit wird damit herausgefordert. Sie steht nicht ausserhalb des Geschehens. Selbst wenn die Schweiz kaum Hauptziel einer denkbaren Aggression werden dürfte, sind feindselige Aktionen nicht undenkbar. Die Schweiz hat etwas zu verteidigen.

Im Rahmen der sog. «Friedensdividende» hat auch die Schweiz ihre **Armee stark verkleinert**. Und das, was sie noch hat, wird politisch vernachlässigt. Die vorwiegend und einseitig auf Internationalität ausgerichtete VBS- und Armeespitze lockert die Bindung der Armee an die Schweiz. Die Verfügbarkeit der Armee hat als Folge überstürzter, wenig durchdachter, mindestens teilweise misslungener Armee-Reformen stark gelitten. Die Schweizer Armee von heute wird von der Armeespitze als derzeit **nicht einsatztauglich** erklärt. Die **Miliz wandert ab**. Mit ihr die Kenntnisse und Erfahrungen, welche die Miliz in die Armee eingebracht hat. Der **Substanzverlust** ist gravierend. Die politische Führung vernachlässigt das eigene Land. Damit auch die Sicherheit des eigenen Volkes.

Das muss korrigiert werden im Rahmen der überfälligen Formulierung eines auf die heutige Bedrohungslage ausgerichteten **Armee-Auftrags**. Der Verfassungsartikel zu Armee und Landesverteidigung formuliert zwar Grundsätze, nicht aber einen Armee-Auftrag. Der Auftrag an die Armee ist vom **Bundesrat** zu formulieren. Darin müssen **konkrete Ziele** gesetzt werden, deren Erreichen überprüft werden kann und muss. Die Armeeführung hat die Auftrags-Erfüllung zu gewährleisten.

Angesichts der **Ungewissheit der internationalen Entwicklung**, angesichts des vorhandenen **Potentials an Machtmitteln** darf die Möglichkeit eines strategischen Überraschungsschlags nie aus dem Auge verloren werden. **Hohe, bedrohungsgerecht abgestufte Bereitschaft von Teilen oder der ganzen Armee** ist die unabdingbare Konsequenz aus dieser Lagebeurteilung. Mit abgestuft, aber rasch aufbietbarer Miliz kann solche Bereitschaft sichergestellt werden.

Weil angesichts neuer Bedrohungsformen (Terrorismus) eine klare Trennlinie zwischen **äusserer und innerer Sicherheit** nicht mehr gezogen werden kann, ist sorgfältiges, in Übungen umfassend zu erprobendes, auch gesetzlich sauber abgesichertes **Zusammenwirken** der verschiedenen Sicherheitsorgane (Armee, Polizei, Grenzwachkorps usw.) mit geregelter, eingespielter Kommandostruktur unabdingbar.

Die heutige Führung der Schweizer Armee klammert sich, statt diese Probleme realitätsbezogen anzupacken, an die irrig-lächerliche Annahme (siehe Georgien!), eine Bedrohung würde sich etwa zehn Jahre im voraus ankündigen, womit genügend Zeit für **«Aufwuchs»** in Form von Materialeinkäufen, Vergrösserung und Ausbildung der Mannschaften belassen würde. Eine Armee kann im Ernstfall das, was sie gelernt hat, wozu sie ausgebildet und ausgerüstet ist – nicht das, was Schreibtischplaner in Büros als Fiktion auf Papier gebracht haben. Ob im Ernstfall milliardenteure Sofort-Nachrüstung auch nur teilweise realisiert werden kann, steht völlig in den Sternen.

Ein realistisches Bedrohungsbild räumt mit solchem **Schabernack** auf. Weshalb – sagen sich angesichts solch behaupteter «Vorwarnzeit» Vorgesetzte und Soldaten insgeheim – soll ich heute im Detail schweisstreibend üben, was sich im Grossen lange im voraus ankündigt?

Der **Sicherheitsauftrag** der Armee steht in unauflösbarem Widerspruch zu **Aufwuchs-Ausreden**. Die Aufwuchs-Idee ist Selbsttäuschung, ist Ausdruck von Defaitismus.

Der VBS-Apparat bis hinauf zum obersten Chef kapriziert sich auf frivole Wortspiele, als ob das «savoir faire» bezüglich unabdingbarer Einsatzleistungen genüge, das «pouvoir faire» der Truppe hingegen der Aufwuchs-Zeit überlassen werden könne. Im Rahmen solcher **Flucht aus der Verantwortung** wurden unabdingbare Fähigkeiten und Waffensysteme (panzerbrechende Infanteriewaffen) preisgegeben bzw. verschrottet. Der Armee-Chef muss (Christophe Keckeis anlässlich der Kommando-Niederlegung Ende 2007) die Armee als **für den Ernstfall nicht einsatztauglich** erklären. Das Volk, dem mit der Armee XXI anlässlich der entsprechenden Volksabstimmung eine moderne, schlagkräftige High-Tech-Armee versprochen worden ist, sieht sich betrogen.

Es ist einer Vielzahl von engagierten und fähigen Berufs- und Milizkadern zu verdanken, dass trotz mangelhaftem Konzept aus Bern ernsthafte Ausbildung noch immer – wenn bedenkllicherweise auch nicht in allen Waffengattungen und in allen Einheiten – betrieben wird. Aber die von der Armee-Spitze und der Politik ausgehende **Sinnkrise der Armee** ist Tatsache. Soldaten, egal welchen Grades, können diese allein nicht überwinden. Dafür braucht es glaubwürdige, wirklichkeitsgerechte Vorgaben der Politik.

### **Neuer Nationalismus**

Der Balkan, Russland, Asien, Afrika und Südamerika sind konfrontiert mit neu erwachendem Nationalismus. Unendlich sich dahinschleppende, längst unbezahlbar gewordene Blauhelm-Operationen enden im Misserfolg.

Mit seiner ebenso kurzen wie massiven, offensichtlich sorgfältig geplanten **Intervention in Georgien** hat Russland der gesamten Welt deutlich demonstriert, dass es ihm nicht zusagende fremde Einflussnahme auf sein strategisches Vorfeld im Kaukasus nicht duldet. Nicht nur die Nato, auch die sonst wortreich für Menschenrechte, für Völkerrecht und für gewaltfreie Konfliktregelung eintretenden internationalen Organisationen reagierten auf solch deutlich formulierten Machtanspruch spontan bloss mit sich den Realitäten unterziehendem Schweigen. **Macht befiehlt – das Recht hat sich anzupassen.**

Aus diesen neuen Entwicklungen droht allen Ländern neue Gefahr: Im Zeitalter zunehmend **offener Grenzen** bleiben Interventions-Misserfolge nicht örtlich begrenzt. Die Clan-Strukturen in den Ländern, wo internationale Befriedung gescheitert ist, tragen die organisierte Kriminalität (Rauschgifthandel/Frauenhandel/Waffenhandel/ Geldwäscherei) in die Industrieländer, auch in die Schweiz. Die Folge: **Rechtsordnungen erodieren** auch in den Industrieländern.

**Djihad, Darfur, Libanon:** Die Verantwortung für Waffengänge wird «kollektiviert». Einzelstaaten (auch die Schweiz) verstecken sich hinter Uno-, EU-, OSZE-, Nato-Einsätzen. Die Verantwortung wird auf ein Kollektiv überwältzt, womit sich kein Kommandant konkret und persönlich verantwortlich fühlt für den ihm erteilten Auftrag, der ohnehin meist diffus von Diplomaten formuliert worden ist. Damit ist das Scheitern einer Mission zumeist vorprogrammiert.

Die staatlichen Autoritäten (siehe Balkan, Afrika, Afghanistan, Irak, Libanon) spielen in solchen Konfliktgebieten in der Regel bestenfalls Nebenrollen. Die wahre Macht liegt in den Händen von **Clans**, die meist über bedeutende Privatarmeen verfügen. Die Fronten sind unklar, die wirklichen Kriegsziele kaum zu erkennen.

Jene Regierungen, die Militär-Kontingente an Krisenschauplätze entsenden, werden in Wahrheit von einer einzigen Sorge getrieben: **Sie wollen sich nicht für eigene Tote rechtfertigen müssen.** Im Klartext: Soldaten werden missbraucht aus reiner Profilierungssucht von Politikern. Das schadet jeder Armee.

Verwirrung und Schaden vergrössern sich, weil jedem nationalen Kontingent aus je nationalen politischen Gründen andere Einsatz-Auflagen (bis hin zum Ausmass der Bewaffnung, zur Erlaubnis zum Waffeneinsatz) auferlegt werden.

## Privatisierung von Kriegen

**Cyber-Krieg** ist Realität. Feinde tauchen nicht an der Grenze auf, sie befinden sich bereits im Land. Sie greifen plötzlich an aus dem Weltraum, aus der Luft – aber auch aus städtischen Quartieren heraus. Sie zielen auf **Netzwerke**, die **lebensnotwendige Einrichtungen** (die sog. «kritische nationale Infrastruktur») steuern. Der Terror unterläuft jede klare Unterscheidung zwischen Ernstfall (Zuständigkeit: Militär) und Normalfall (Zuständigkeit: Polizei). **Asymmetrische Kriege** werden Tatsache. Krieg etabliert sich zunehmend auch als gewinnorientierte Privatunternehmung, als Wirtschaftsfaktor. Das modische «**Outsourcing**» von **Armee-Aufgaben** erhöht die Gefahr: Wem gehorchen die Zivilangestellten von Firmen, die für Staaten Sicherheitseinrichtungen oder -infrastrukturen bewirtschaften?

**Neue Austragungsformen von Krieg** gewinnen an Bedeutung – sowohl in der Luft als auch auf See, auf dem Land, im Cyberspace. Grosse Mächte lassen schon heute **Spezialtruppen ohne Uniform** in fremden Ländern (auch in der Schweiz) operieren. Aufstände werden unterstützt oder unterdrückt. Interventions-Armeen, Kolonial-Armeen sind Realität.

Die **Schweiz** ist von dieser Entwicklung mitbetroffen, seit sie sich in die Auseinandersetzungen um die Zukunft des **Kosovo** (und auf andern Krisenschauplätzen der Welt) einmischt. Die politische Führung im Kosovo (Regierung Thaci) ist verwickelt in die von dort aus operierende **Organisierte Kriminalität** (Heroinhandel, Frauenhandel, Waffenhandel, Geldwäscherei etc.). Wer die bewaffneten Kräfte im Kosovo wirklich führt, weiss niemand genau. Dass Ableger der kosovarischen Organisierten Kriminalität auch in der Schweiz bzw. von der Schweiz aus operieren, ist inzwischen Tatsache.

Antworten auf solch neue Formen von Bedrohungen müssen den Auftrag des Bundesrats an die Schweizer Armee von heute bestimmen. Kanonen sind nicht die alleinige Antwort (für den Objektschutz sind sie noch nötig) auf neue Bedrohungen aus der Luft. Die Schweiz benötigt eine **spezialisierte Truppe**, welche einerseits **Abwehr-Techniken gegen elektronisch gesteuerte Waffen** entwickelt, andererseits die **Internet-Sicherheit in der Schweiz gewährleistet** – sowohl für staatliche als auch für wirtschaftlich genutzte und private Netzwerke. Das sind angemessene Verteidigungsmassnahmen gegen neue, symmetrische wie asymmetrische Formen des Krieges.

Solange der Glaube an den «modulartigen» Armeeaufbau grassiert, wird nicht einmal der im Blick auf asymmetrische Bedrohungen an Bedeutung gewinnende Grundsatz «In der Krise Köpfe kennen» beachtet. Obwohl man längst weiss, dass Einheiten, in denen Kader und Mannschaft aus schwierigen, gemeinsam bestandenen Übungen untereinander und gegenseitig solides Vertrauen gewonnen haben, in schweren Ernstfall-Einsätzen weit besser bestehen als rasch und modulartig zusammengewürfelte Verbände. Selbst WK-Einheiten werden heutzutage

bunt zusammengewürfelt. **Elementares Sicherheitsdenken ist verloren gegangen** – ohne sichtbare Reaktion seitens der Armeeführung.

Der «alte Krieg» existiert ebenfalls noch: In Afrika vor allem in Form eigentlicher Stammeskriege. **Georgien** zeigte, dass der **konventionelle Krieg** mit schweren Mitteln keineswegs der Vergangenheit angehört.

Die Privatisierung des Krieges wird nicht zuletzt begünstigt durch die Entscheidungen vieler Länder, Milizheere durch **Berufsarmeen** zu ersetzen. In wachsender Zahl suchen ehemalige Berufsoffiziere aus unterschiedlichen Ländern Beschäftigung als «Berater» von Privatarmeen. Diese Entwicklung fördert die Proliferation von Militärwissen in einem Ausmass, das als Bedrohungs-Potential nicht zu unterschätzen ist.

Die teilweise Preisgabe staatlicher Hoheitsrechte leitet eine schrittweise **Erodierung des Gewaltmonopols von Staaten** ein. Wo sich staatliche Strukturen und staatliche Verantwortung auflösen, sind Kriegsgräueltaten schlimmsten Ausmasses nicht einzudämmen (vgl. Kasten).

### Das Gewaltmonopol

Die Menschheit hat wahrhaft reiche Erfahrung sammeln können, welchem Schaden sie ausgesetzt ist, wo der Staat das Gewaltmonopol nicht innehat. In Europa hat der **Dreissigjährige Krieg** (1618-1648) mit seinen Gräueltaten schlimmsten Ausmasses der Überzeugung Schritt für Schritt den Boden geebnet, dass Sicherheit, Frieden und innere Ordnung sich nur entfalten können, wo das Gewaltmonopol dem Staat übertragen werden kann. Eine Einsicht, die sich im 19. und 20. Jahrhundert durchzusetzen vermochte. Das Gewaltmonopol des Staates hat den Krieg zwar nicht beseitigt. Aber **der Krieg wurde Regeln unterworfen**, die zumindest der Zivilbevölkerung mehr Schutz sicherten. Heute wird das Gewaltmonopol des Staates durch oberflächliche Anhänger «kollektiver Verantwortung» leichtfertig wieder aufs Spiel gesetzt. Die Folgen könnten verheerend sein – vor allem für die Bevölkerungen, weniger für die Classe politique.

Die Schweizer Armeespitze hat sich zu den aus der Privatisierung des Krieges resultierenden Gefahren bisher kaum geäussert. Ob die **Schweiz** vorbereitet ist auf einen Cyber-War-Angriff auf unseren Finanzplatz oder z.B. auf die in der Schweiz lagernden Goldreserven, ist mehr als bloss ungewiss.

### Terror

**Terror** kann zwar Bevölkerungen nachhaltig verunsichern. Es gelang Terroristen bisher allerdings nie, die Existenz ganzer Staaten zu gefährden. Diese Tatsache hat die Terroristen unterschiedlicher Herkunft insgesamt geschwächt. Dennoch: Einige Terror-Gruppen verfügen über ein beängstigend modernes, diversifiziertes Waffenarsenal. Sie besitzen teilweise selbst **Massenvernichtungswaffen**, mit denen sie unermessliche Schäden anrichten können. Auch ist es Terroristen punktuell gelungen, mit realisierten und erpresserisch angedrohten Anschlägen Regierungen zu Handlungen zu zwingen, die sie freiwillig nicht vorgenommen hätten.

Die abendländische Gesellschaft steht vor drei grossen Herausforderungen: **Ideologisch** wird sie herausgefordert durch die Infrage-Stellung grundlegender Werte (der Säkularität, der Herr-

schaft des Rechts, von Freiheit und Demokratie). **Rechtlich** wird sie herausgefordert durch die Infrage-Stellung der Selbstbehauptung des Rechtsstaates. **Militärisch** wird sie herausgefordert durch den asymmetrischen Kampf, der inmitten der eigenen Bevölkerung zu führen ist. Das ist die Bedrohung, die vom Terror ausgeht.

In der **Schweiz** sind nach wie vor kaum Anstrengungen sichtbar, die Möglichkeit asymmetrischer, gegen die Schweiz geführter Schläge der Bevölkerung zum Bewusstsein zu bringen. Die Bevölkerung erfährt nicht, ob und was für Verteidigungsanstrengungen gegen asymmetrische Kriegführung entwickelt und (wenn überhaupt) geübt werden. Übungen (im Sinne von «das Undenkbare denken») finden kaum statt.

### Peace-maker

Gescheitert ist die einst hochgespielte Idee des «miles protector». Das angestrebte «Retten, Schützen und Helfen», als Peace-keeping (Friedensbewahrung) etikettiert, ist längst zu Peace-enforcing (Friedens erzwingung), also zu **Kampf auf Leben und Tod** verkommen. Diese Erfahrung bringen **Rückkehrer aus «Friedens-Einsätzen»** nach Hause zurück. Sie erleben sie als tiefen Gegensatz zu den ihnen vor dem Einsatz abgegebenen Versprechungen. Die Militärspitäler der Interventionsmächte wissen um die Folgen dieses Erfahrungs-Bruches. Die Wiedereingliederungs-Probleme der Rückkehrer, von denen eine rasch zunehmende Zahl zu **Sozialfällen** werden, verschärfen sich. Der zunehmende Söldner-Charakter moderner Armeen fordert einen immer höheren Tribut. Die Industriestaaten stehen diesen Folgen ratlos gegenüber.

Noch kennt die **Schweiz** das Problem traumatisierter Kriegsrückkehrer kaum. Aber auch sie wird mit zunehmenden Rückkehrer-Problemen konfrontiert: Rückkehrer, die mehrere Jahre in Krisengebieten Einsätze leisteten, haben den Anschluss an ihren Beruf verloren. Viele dieser mehrfach zu Auslandseinsätzen Aufgebotenen hatten bereits vor ihrem Ersteinsatz grosse private und berufliche Probleme. Ihre Wiedereingliederung in die schweizerische Gesellschaft scheitert allzu oft. **«Betreuungsstrukturen» für Veteranen** werden gefordert. Genau dieses Problem wollte die Schweiz verhindern, indem sie sich konsequent dem Konzept «Milizarmee» verschrieb. Die Ausland-Einsätze durchlöchern dieses Prinzip. Die Folgen werden sichtbar.

### Schweiz ist auf Vergangenheit fixiert

Das VBS hat den Wandel des Kriegsbildes und dessen Folgen verschlafen und verschläft ihn weiter. Der Bundesrat klammert sich krampfhaft an den Sicherheitspolitischen Bericht 2000 (Sipol 2000), der von längst widerlegten Kriegsbild-Illusionen der Neunzigerjahre ausgeht. Die **«humanitäre Intervention»** hat sich als **gefährliche Illusion** erwiesen. Sie wurde zur («gut gemeinten») Vorbotin neuer Kriege, deren Ende und Eskalationsgefahren unabsehbar sind. Die Verhaltensmassregeln, die den in den Kosovo entsandten Swisscoys mitgegeben werden, sind durchtränkt von solch wirklichkeitsfeindlichen Illusionen.

Die Verantwortlichen für die Schweizer Armee müssen endlich begreifen, dass Armee-Anpassungen im Anschluss an gezieltes **Üben von Ernstfällen**, nicht als Frucht von Schreibtisch-Planungen erfolgen sollten. Schreibtisch-Planungen sind, bis sie umgesetzt werden, oft bereits wieder veraltet, weil sie allzu oft kollektiven Mode-Trends folgen, die mit der Wirklichkeit wenig zu tun haben.



Die Schweiz setzt heute eine Armeereform (Armee XXI, Entwicklungsschritt 08/11) um, welche die schrittweise **Integration der Schweiz in eine Nato** vorsieht, die sich an der **Rumsfeld-Doktrin** der Neunzigerjahre (Interventionsarmee mit kleinen Beständen, viel High Tech, vernetzter Kriegführung unter zentralisierter Führung) orientiert. Die Armeespitze überhäuft sich dabei mit Selbstlob, geflissentlich übersehend, dass die Rumsfeld-Doktrin im Irak wie in Afghanistan **gescheitert** ist. Der Georgien-Krieg hat sie als Makulatur vollends weggefegt. Die Nato hat sie längst aufgegeben.

Über **Mängellisten** (Kaderselektion, Logistik, Einsatzbereitschaft) wird hinweggesehen. Oder die Mängel werden verniedlicht oder schöngeredet; substantielle Beschwerden dazu werden übergangen. Die gegenwärtige Kaderauswahl zeitigt auf allen Stufen bis hinauf in die Armeespitze katastrophale Fehlscheidungen. Sie ist grundlegend zu korrigieren. Die **Miliz**, aus welcher die Mängellisten formuliert werden, wird in bedenklichem Ausmass **kaltgestellt**. Die Auswirkungen sind sichtbar: Viel zu viele junge, hoch qualifizierte Milizler sehen in einer Armeekarriere keinen Sinn mehr und kehren der Armee den Rücken.

Die Rhetorik wird zunehmend von Nicht-Militärs (von Aussenministerin Calmy-Rey, von der Direktion für Sicherheitspolitik im VBS mit einem Diplomaten an der Spitze) dominiert. Die Armeeführung und der Departementschef verharren in Passivität. Die gravierende Vernachlässigung strategischen Denkens im Rahmen der höheren Kaderausbildung zeitigt schwerwiegende negative Folgen.

Nach wie vor fehlt der VBS-Spitze die Entschlusskraft, die Durchhaltefähigkeit der Armee (mitsamt Armeespitze) im Rahmen wiederbelebter strategischer Führungs- bzw. **Gesamtverteidigungsübungen** intensiv zu trainieren. Im Blick auf anstehende Probleme tritt das VBS sofort die Flucht in die Kooperation an – sowohl im Innern (diese ist notwendig, bedarf aber endlich haltbarer organisatorischer und gesetzlicher Grundlagen), besonders aber mit fremden Armeen. Schon jetzt ist vorauszusehen: Diese «Trumpfkarte» wird im Ernstfall nicht stechen.

Nach der trotz äusserst diffuser Bedrohungslage faktisch **ersatzlos erfolgten Auflösung** sowohl **des Mobilmachungs-Systems** als auch der **Alarm-Formationen**, welche beide bis Mitte der Neunzigerjahre gut funktionierten, hat sich die Verfügbarkeit der Schweizer Armee drastisch verschlechtert – eine Tatsache, die von Politik und Armeespitze offensichtlich nicht einmal ernsthaft diskutiert wird.

Sowohl bezüglich Bewaffnung und Material, aber auch in personeller Hinsicht sowie in bezug auf geschützte Verbindungen **fehlt Entscheidendes**. Was würde in der Schweiz geschehen, wenn ein gezielter Cyber-Angriff z.B. die gesamte AHV-Verwaltung ausschalten würde? Sich mit solchen Möglichkeiten von vorneherein nicht zu befassen, das scheint die «Abwehr-Strategie» des VBS zu sein. Eine wirkliche Strategie existiert nicht. Die Ausbildung für strategisches Denken findet seit Mitte der Neunzigerjahre nicht mehr statt. Der Bundesrat als Exekutive erachtet es heute offensichtlich als überflüssig, sich selber Führungsübungen mit komplexen, wirklichkeitsnahen Szenarien auszusetzen. **«Führen in extremen Situationen»** ist erfolgreich nur möglich, wenn es regelmässig geübt wird und in Übungen erkannte Fehler korrigiert werden. Das gilt für die Politik wie für die Wirtschaft: Führungsfähigkeit in einer Situation, wo (womit immer zu rechnen ist) harte Konfrontation z.B. mit den Medien zu bestehen ist, muss auf der obersten Ebene sorgfältigst studiert und umfassend eingeübt werden.

**Es ist die vordringliche Aufgabe des Bundesrats, den auf Unabhängigkeit und Freiheit des Landes ausgerichteten Auftrag an die Armee ohne Verzug zu formulieren.**